

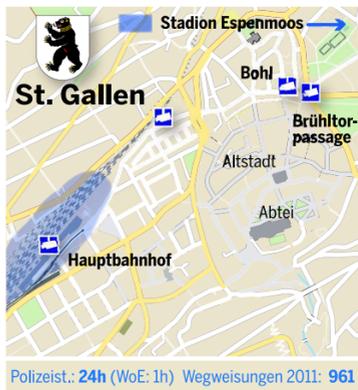
16 HINTERGRUND

St. Gallen

DER KONFLIKT ENTZÜNDET sich am Kugl, dem beliebten Club und Kulturbetrieb im alten Güterbahnhof. Seit Jahren kämpfen die Betreiber gegen Lärmklagen eines zugezogenen Anwohners. Das Verwaltungsgericht gab ihm Recht. Der Nachbar legte abermals Beschwerde ein, als die Stadtverwaltung dem Kugl im Frühjahr 2011 um 50 Prozent reduzierte Öffnungszeiten bewilligte. Unterstützt des Kugl brachten in einer Petition 6500 Unterschriften zusammen; auch Stadtparlament und Stadtrat stellten sich hinter das Lokal.

Die Zukunft des Kugl ist dennoch ungewiss: Der Betrieb ist in vier verschiedene Verfahren verwickelt. Der Rechtsstreit betrifft nicht nur das Kugl. Mit dem Palace und der Grabenhalle befinden sich auch andere Lokale in der gemischten Wohn- und Gewerbezone. In St. Gallen befürchtet man deshalb, dass ein negativer Entscheid des Verwaltungsgerichts Auswirkungen auf andere Clubs haben könnte. «Diese Unsicherheit macht unsere Kulturlokale kaputt», sagt Kugl-Betreiber Daniel Weder.

OBWOHL ST. GALLEN eine Studentenstadt ist, erleben viele junge Leute das Klima als repressiv. Das hat nicht nur mit der Polizeistunde zu tun, die in der Stadt ab Mitternacht (an Wochenenden ab 1 Uhr)



Polizeist.: 24h (WoE: 1h) Wegweisungen 2011: 961

gilt. Auch vom Instrument der Wegweisungen macht die Polizei ausgiebig Gebrauch. 961 Wegweisungen erliess die Polizei allein 2011, viele davon in der Gegend um den Bahnhof – um die Bildung einer offenen Drogenszene zu verhindern, wie die Polizei sagt.

Es sei nicht so, dass Kultur in St. Gallen grundsätzlich einen schweren Stand habe, sagt Matthias Fässler von der Organisation Klartext, die sich für Freiräume einsetzt. «Bürgerliche Universalkultur wird hier grosszügig unterstützt. Doch sobald es ein wenig lauter wird, fehlt gewissen Behörden das Verständnis.»



Basel

Am 2. Juni fand auf dem Basler nt/Areal eine grosse illegale Party statt. HO

WER SEHEN WILL, in welchem Detailgrad sich der öffentliche Raum regulieren lässt, der blicke nach Basel: Diesen Frühling hat die Stadt neue Vorschriften für Strassenmusik und -kunst erlassen. Demnach dürfen Darbietungen «neu jeweils erst zur vollen Stunde beginnen und müssen nach maximal 30 Minuten beendet sein». Verboten wurde auch «überlauter Gesang» in der Öffentlichkeit. Zudem kennt Basel ein Plakatverbot, das Kulturveranstalter nervt.

ANSONSTEN IST BASEL im Vergleich zu anderen Städten liberal. Es gibt zwar eine Polizeistunde, doch Gastbetriebe, die verlängerte Öffnungszeiten beantragen, erhalten problemlos eine Bewilligung. Die Installation von 72 Überwachungskameras in der Stadt hat das Kantonsparlament abgelehnt. Und Wegweisungen, zu denen die Polizei auf dem ganzen Stadtgebiet greifen könnte, begrenzen sich meistens auf die Herbstmesse.



Polizeist.: 1 Uhr (WoE: 2h) Wegw. seit 2009: 70

Trotzdem brodeln es in Basel. Gestern demonstrierten Jugendliche und Alternativen für mehr Freiräume – es ist ein altes Anliegen hier. Noch immer wollen sich viele nicht mit dem Verlust des nt/Areal abfinden. Die Partys auf dem

19 Hektar grossen Gelände aus Schotter, Asphalt und Unkraut waren legendär: Tausende feierten friedlich durch lange Sommernächte, gestört hat das meist niemanden. Das nt/Areal war aber von Anfang an als Zwischennutzung vorgesehen. Inzwischen haben Investoren das Gebiet fast vollständig in ein modernes Stadtquartier umgewandelt.

IM HAFENGEBIET HAT der Kanton zwar ein neues Gebiet für eine Zwischennutzung bereitgestellt – einen Ersatz für das kreative Chaos auf dem nt/Areal sehen jedoch darin viele nicht. Umstritten ist die Rolle der Polizei, die illegale Partys anders als früher auch mal auflöst – nicht nur in der Stadt, sondern auch an der Peripherie. Die Sicherheitsbehörden stehen unter politischem Druck, durchzugreifen. Sie kritisieren, dass die Freiraumaktivisten in Basel fast immer anonym auftreten – und dass sie sich Auseinandersetzungen mit der Polizei liefern.

Winterthur

IST WINTERTHUR die unterschätzte Perle im Land für jugendliche Partygänger? Bereits 1994 organisierte sich die Winterthurer Jugend in der Lobbyorganisation «Kaktus», um in der ehemaligen Industriestadt für kulturelle Freiräume zu kämpfen. Aus dieser Bewegung entstand 1996 das Gaswerk, die «Rote Fabrik der Stadt Winterthur», die seither zum festen Bestandteil der Winterthurer Kulturszene gehört. Klagen der Winterthurer Jugend über fehlende Freiräume sind praktisch keine zu hören. Wer mit dem Partyangebot in der Stadt nicht zufrieden ist, fährt nachts einfach ins nahegelegene Zürich. Zwar gilt in Winterthur um 00.30 Uhr die Polizeistunde, die Polizei verlängert diese aber gegen eine kleine Gebühr unbürokratisch.

Selbst die Polizei sagt, man habe in der Stadt keine besonderen Probleme mit Jugendlichen: «Nichts, was für eine Grossstadt nicht normal wäre», sagt die Sprecherin der Stadtpolizei. Gegen lärmende und trinkende Jugendliche einschreiten müsse die Polizei am Wochenende höchstens rund um den Bahnhof, manchmal im Arch-Areal und im Stadtpark.

SEIT 2004 KENNT auch die Stadt an der Töss einen Wegweisungsartikel, der jedoch fast ausschliesslich gegen Drogenabhängige eingesetzt wird, um sie in ihre jeweiligen Heimatgemeinden zurückzuschicken. Spezielle Wegweisungszonen kennt Winterthur nicht. Videoüberwacht werden nur die Sportan-



Polizeistunde: 0.30h Wegweisungen: k.A

lagen, das Schulhaus Heiligberg und – ausserhalb der Kompetenz der Stadtbehörden – der Bahnhof. Trotzdem haben die Piratenpartei und die Alternative Liste die Volksinitiative «zur demokratischen Kontrolle von Überwachungseinrichtungen» lanciert, die verlangt, dass nicht die Polizei, sondern das Parlament Videokameras bewilligen muss.

Winterthur, die unterschätzte Perle im Land für jugendliche Partygänger? Bei den Stadtbehörden ist man geneigt, diese Frage mit Ja zu beantworten, muss aber zugeben, was sowieso alle wissen: Wer Radau machen will oder richtig auf den Putz hauen, geht nach Zürich – am Wochenende fahren die ganze Nacht hindurch Nachtzüge in die Limmatstadt, einer pro Stunde, rappellvoll.

Luzern

ALLES BEGANN 2007 mit der Schliessung des beliebten Kulturzentrums Boa. Ein Luzerner Immobilienmakler kaufte und renovierte in direkter Nachbarschaft zum traditionsreichen Jugendzentrum Wohnhäuser und versprach den neuen Mietern, das lärmige Kulturzentrum werde verschwinden. Im Dezember 2007 musste das Boa dann tatsächlich wegen Lärmklagen aufgeben. Als die Luzerner Jugendlichen gegen die Schliessung auf die Strasse gingen, schickte ihnen die sozialdemokratische Polizeidirektorin Ursula Stämmer-Horst Polizisten in Kampfmontur entgegen. 245 Jugendliche wurden verhaftet und bis zu 12 Stunden in einer Zivilschutzanlage eingesperrt.

«DIESES ERLEBNIS HAT die Luzerner Jugend im Kampf gegen die Stadtbehörden vereint», sagt Juso-Präsident David Roth, der in Luzern wohnt. Seither finden in Luzern regelmässig Jugenddemonstrationen statt. Der Südpol, ein ehemaliger Schlachthof in Kriens, jenseits



Polizeistunde: keine Wegweisungen 2011: 39

der Stadtgrenzen, wird von den Jugendlichen als Boa-Ersatz nicht akzeptiert – die Mietpreise sind zu teuer. Die kommerziell betriebenen Clubs werden fast ausschliesslich von Landjugendlichen besucht, die in ihren Wohngemeinden nach Mitternacht teilweise mit einem

Ausgehverbot konfrontiert sind. Städter haben sich bis vor kurzem auf der Allmend in stillgelegten Militärbunkern zu Partys getroffen. Die Behörden liessen die Bunker jedoch zuschütten.

ÜBRIG GEBLIEBEN IST den Jugendlichen ein Künstlerhaus an der Industriestrasse im Industriequartier. Doch dieses Gelände wollen die Stadtbehörden jetzt für 17 Millionen Franken an Investoren verkaufen – dort sollen Eigentumswohnungen und Verkaufsflächen entstehen. Eine Initiative will das Haus als «gemeinnützigen Kulturort» erhalten, im kommenden Herbst wird die Luzerner Bevölkerung darüber abstimmen. Angenommen haben die Luzerner 2009 einen Wegweisungsartikel, der sich gegen Jugendgruppen richtet, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Im Visier ist vor allem der Bahnhofplatz. Die Luzerner Polizei hat 2011 39 Wegweisungen ausgesprochen – 17 davon gegen Jugendliche mit Jahrgang 1982 oder jünger.

INSERAT

Eigene vier Wände

**JETZT
abstimmen!**

17. Juni

JA

BAUSPAREN

www.bausparen-ja.ch
 Komitee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach 6959, 3001 Bern